

# Demonstration gegen rechte Gewalt

## Polizei-Großeinsatz in Lübeck. Rechte Aufmärsche verhindert

Rund 1 400 Menschen haben am Wochenende in Lübeck bei mehreren Veranstaltungen friedlich gegen Rechtsradikalismus protestiert. Wie die Polizei mitteilte, gab es keine Störungen. Anzeichen für rechte Aufmärsche trotz des am Freitag bestätigten Demonstrationsverbotes gab es den Angaben zufolge nicht. Am Samstag mittag hatten rund 700 Menschen an einer Kundgebung und einem Protestmarsch des Lübecker Bündnisses gegen Rassismus teilgenommen. Am Abend gedachten nach Angaben der Polizei ebenfalls 700 Menschen bei einem Schweigemarsch vom Lübecker Dom zur Marienkirche und einem ökumenischen Gottesdienst dem vermutlich rechtsradikal motivierten Brandanschlag auf die Kirche St. Vicelin.

Zwei ebenfalls für den Samstag geplante rechtsgerichtete Demonstrationen waren mit Verweis auf den Brandanschlag verboten worden. Das Verwaltungsgericht in Schleswig hatte das Verbot am Freitag bestätigt und mit einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung begründet. Die Polizei hatte sich auf einen möglichen Großeinsatz vorbereitet und war mit mehreren Hundertschaften in der Hansestadt präsent.

An allen Hauptzufahrtstraßen nach Lübeck waren nach Angaben der Polizei Personen und Fahrzeuge im Hinblick auf die verbotenen Demonstrationen kontrolliert worden. Nur vereinzelt sind nach Angaben der Polizei am Samstag Personen aus der rechten Szene angetroffen worden. In diesen Fällen seien Platzverweise ausgesprochen worden, sagte ein Polizeisprecher. Auf eine zweite Demonstration vor einer Gaststätte, in der die Republikaner eine Veranstaltung geplant hatten, verzichtete das Lübecker Bündnis gegen Rassismus. Das Lübecker Ordnungsamt hatte die Gaststätte aufgrund gaststättenrechtlicher Bestimmungen geschlossen.

Auch eine Woche nach dem Brandanschlag auf die Kirche hatte die Lübecker Staatsanwaltschaft keine heiße Spur. Behördensprecher Klaus-Dieter Schultz erklärte am Sonntag, es gebe keine neuen Erkenntnisse. Auch die Zahl der Hinweise aus der Bevölkerung sei nach wie vor gering. Die Stadt Lübeck und die schleswig-holsteinische Landesregierung hatten vergangene Woche eine Belohnung von insgesamt 100 000 Mark für Hinweise ausgesetzt, die zur Aufklärung des Anschlages dienen. Die St.-Vicelin-Kirche war am Sonntag vor einer Woche durch den Anschlag völlig zerstört worden. Die Brandstifter hatten Hakenkreuze und den Namen eines evangelischen Pastors an die Kirchenwand geschmiert, der in seiner Gemeinde einer algerischen Familie Kirchenasyl gewährt.

<https://www.jungewelt.de/artikel/445.demonstration-gegen-rechte-gewalt.html>